

DEUTSCHLAND

**WIEDER
IN ORDNUNG
BRINGEN**

**PROBLEME LÖSEN,
VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN,
DEMOKRATIE SCHÜTZEN.**

WAHLAUFRUF



Wahlaufruf

Deutschland wieder in Ordnung bringen!

Probleme lösen, Vertrauen zurückgewinnen, Demokratie schützen.

Die Bundestagswahl in zwei Wochen bietet eine echte Chance zum Neuanfang. Deutschland hat die Wahl: Ein Weiter-so mit den Parteien der gescheiterten rot-grünen Rest-Ampel um Scholz und Habeck oder eine entschlossene und geschlossene Union mit einer maximal starken CSU und unserem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz.

Für uns ist klar: Es geht nicht nur um einen Regierungswechsel, sondern um einen echten Politikwechsel, einen Richtungswechsel für Deutschland. Wir müssen Deutschland wieder in Ordnung bringen und Bayern stark machen. Es ist Zeit, dass sich grundsätzlich etwas ändert in unserem Land.

Deutschland ist nach drei Jahren Ampel-Chaos massiv in Unordnung: unkontrollierte Massenzuwanderung, steigende Kriminalität, explodierende Preise, ein historischer wirtschaftlicher Abschwung, eine ideologiegetriebene Energiepolitik, das leistungsfeindliche Bürgergeld und eine kopflose Außenpolitik haben Deutschland massiv geschadet und die Menschen in unserem Land stark verunsichert.

Wir müssen das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Prioritätensetzung und Handlungsfähigkeit unseres Staates wieder herstellen. Es braucht wieder eine Politik, die sich an den Interessen und Problemen der Mehrheit der Menschen im Land orientiert, nicht an lauten Minderheiten und linken NGOs.

Die ideologische Politik und linke Realitätsverweigerung von Rot und Grün sind der Nährboden der AfD und haben sie unnötig und gefährlich stark gemacht. Für uns ist klar: Wir stellen uns dieser Entwicklung mit aller Kraft und gesundem Menschenverstand entgegen. Während SPD und Grüne sich in ihre Blasen zurückziehen und Wahlkampf im Selbstgefallen führen, hören wir den Menschen zu, nehmen ihre Probleme ernst und lösen diese. So gewinnt man Vertrauen zurück und schützt unsere Demokratie vor den Radikalen. Denn die AfD ist keine Alternative, sie ist eine Gefahr für unser Land und unsere Demokratie. Ihr Programm: Raus aus der NATO, raus aus dem Euro und raus aus der EU würde Deutschland unsicherer, ärmer und auf dem Schoß Putins zurücklassen. Das gilt es zu verhindern. Deshalb war, ist und bleibt klar: Wir sagen Nein zu jeder Art von Zusammenarbeit mit der AfD. Wir bekämpfen sie mit der gesamten Entschlossenheit unserer Volkspartei. Denn wir überlassen unser Land nicht den Radikalen!

Wir als CSU haben für Deutschland und Bayern klare Prioritäten:

1. Illegale Migration stoppen, Sicherheit verbessern:

- Faktischer Einreisestopp durch Zurückweisungen an der Grenze und konsequente Grenzkontrollen.
- Schaffung von Bundesausreisezentren für mehr Abschiebehaftplätze, beschleunigte Rückführungen, mehr Unterstützung durch den Bund bei Rückführungen und regelmäßige Abschiebungen auch nach Syrien und Afghanistan.
- Zeitlich unbegrenzter Ausreisearrest für Straftäter und Gefährder: Wer ein Verbrechen begeht, muss unser Land umgehend verlassen.
- Rücknahmeabkommen mit zentralen Herkunftsländern und Ausweitung der sicheren Herkunftsländer.

- Reform des Grundrechts auf Asyl und Einführung des Drittstaatenmodells.
- Abschaffung des subsidiären Schutzstatus und Beschränkung des Familiennachzugs sowie Stopp sämtlicher freiwilliger Aufnahmeprogramme durch den Bund.
- Deutschlandweit Umsetzung der Bezahlkarte und Reduktion der Sozialleistungen für Ausreisepflichtige auf den Grundsatz „Bett, Brot und Seife“.
- Rücknahme der Ampel-Express-Einbürgerungen: Einbürgerung in der Regel erst nach acht Jahren bei guter Integration.
- Mehr Polizeipräsenz durch Stärkung der Bundespolizei und Ausbau des Videoschutzes mit automatischer Gesichtserkennung zur Identifizierung von Tätern.
- Nutzung von KI-gestützten polizeilichen Recherche- und Analyseplattformen, Speicherung von IP-Adressen.
- Abschaffung des Cannabis-Gesetz der Ampel.

2. Wirtschaft fördern, bezahlbare Energie sichern:

- Senkung der Unternehmenssteuerbelastung und Abschaffung des Solis.
- Massiver Bürokratieabbau mit Entrümpelungsgesetzen, einem Gesetz gegen Draufsatteln („Anti-Gold-Plating-Gesetz“), der Abschaffung der EU-Taxonomie und des Verbandsklagerechts sowie des Lieferkettengesetzes und des Umbaus des EU-Green Deals hin zu einem Growth-Deal.
- Modernisierung des Arbeitsrechts durch die Einführung einer Flexi-Woche mit einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit statt einer täglichen.
- Verbesserung von Verlustverrechnungen und Abschreibungen.
- Erhalt der Automobilindustrie als Leitindustrie durch die Abschaffung des Verbrenner-Verbots, einer Entschärfung der Flottengrenzwerte und der Verhinderung von EU-Strafzahlungen sowie der Förderung der E-Mobilität.
- Option Kernkraft offenhalten: Prüfung der Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke und Kooperationen mit Frankreich und Tschechien zur Forschung, Nutzung und zum Bau von sicheren und sauberen Kernkraftwerken.
- Vollständige Rückgabe der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung durch die Reduzierung der Stromsteuer für alle und einer Halbierung der Netzentgelte.
- Abschaffung des Ampel-Heizungsgesetzes und Beendigung des Hineinregierens in den Heizungskeller.
- Vollständige Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung und Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe.
- Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie für Speisen und Getränke auf dauerhaft sieben Prozent.

3. Leistung belohnen und das Leben wieder bezahlbarer machen:

- Entlastung von Einkommen durch die Abflachung des Einkommenssteuertarifs und einer Erhöhung des Grundfreibetrags sowie der Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz.
- Einführung von steuerfreien Überstundenzuschlägen.
- Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent.

- Abschaffung des Bürgergelds und Einführung einer Neuen Grundsicherung, die streng dem Prinzip von „Fördern und Fordern“ folgt.
- Gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Mütter durch die Vollendung der Mütterrente mit drei Rentenpunkten für alle.
- Ablehnung von Rentenkürzungen und Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums für ein stabiles Rentenniveau, stabile Beiträge und weiterhin steigende Renten.
- Klares Festhalten an den bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Renteneintrittsalter und für besonders langjährig Versicherte.
- Einführung einer Aktivrente: Wer über das gesetzliche Rentenalter hinaus freiwillig weiterarbeiten möchte, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei.
- Wir werden die Pflegeversicherung mit Schwerpunkt auf die pflegenden Angehörigen reformieren und unsere Krankenhäuser stabilisieren.

4. Bayern-Benachteiligung beenden:

- **Reform des Länderfinanzausgleichs:** Es braucht eine deutliche Reduzierung der Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich und einen neuen Berechnungsmechanismus.
- **Regionalisierung der Erbschaftsteuer und Erhöhung der Freibeträge:** Zukünftig muss die Gesetzgebungshoheit dort liegen, wo auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer landen: allein bei den Ländern.
- **Keine kommunale Altschuldenübernahme durch den Bund:** Bayern und seine Kommunen dürfen nicht für ihre solide Haushaltsführung bestraft werden.
- **Orientierung am Grundsatz der Konnexität - wer bestellt, bezahlt:** Wer eine Leistung veranlasst oder ausweitet, muss für ihre Finanzierung aufkommen.
- **Förderung und Bau von Gaskraftwerken in und für Bayern:** Die Versorgungssicherheit der industriellen Zentren und Bürger in Bayern muss durch den Bund garantiert werden.
- **Schneller Anschluss Bayerns an das Wasserstoffnetz:** Der Bund muss Bayern als industrielles Kernland schneller an das Wasserstoffnetz anschließen.
- **Erhalt einer Strompreiszone in Deutschland:** Es darf nicht sein, dass der Strom dort zusätzlich verteuert wird, wo er von der Industrie am dringendsten gebraucht wird.
- **Förderung aller Erneuerbaren:** Die grundlastfähigen Erneuerbaren wie Wasserkraft, Biomasse oder Geothermie müssen zukünftig besser gefördert werden.
- **Erhalt des Bildungsföderalismus:** Keine Absenkung des bayerischen Bildungsniveaus durch Zentralisierungsbestrebungen aus Berlin.
- **Abschaffung des Ampel-Wahlrechts:** Wer ein Direktmandat gewinnt, muss auch sicher in den Bundestag einziehen.

Diesen echten Richtungswechsel gibt es nur mit einer maximal starken CSU. Die CSU ist die einzige kraftvolle bürgerlich-konservative Stimme Bayerns in Deutschland. Nur eine maximal starke CSU kann die verfehlte Ampelpolitik für Bayern korrigieren. Deshalb gilt bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 oder vorab per Briefwahl:

Wer ein starkes Bayern will, unterstützt mit Erst- und Zweitstimme die CSU. So werden wir Deutschland wieder in Ordnung bringen.